

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

09.04.2025 Drucksache 19/6322

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Thomas Huber, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Carolina Trautner und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/6252

Krankenhausreform nachbessern, mehr Flexibilität für die Länder und finanzielle Mittel für die Krankenhäuser

Der Landtag stellt fest, dass eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung von großer Bedeutung für die Menschen in Bayern ist.

Daher begrüßt der Landtag den 7-Punkte-Plan der Staatsregierung und fordert sie auf, sich auf Bundesebene weiterhin für Nachbesserungen bei der Krankenhausreform einzusetzen, insbesondere

- bedarf es mehr Spielräumen für die Länder und Korrekturmöglichkeiten auf Landesebene zu den Leistungsgruppen-Voraussetzungen, um im Einzelfall reagieren zu können.
- sollen einige überzogene Personalanforderungen korrigiert und Bürokratie eingedämmt werden.
- soll der Bund, da der größte Teil der Krankenhäuser weiterhin rote Zahlen schreibt, deren Träger im Bereich der Betriebskosten wirksam entlasten.

Die Staatsregierung wird schließlich aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über den Sachstand des 7-Punkte-Plans zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident